

07. Feb. 2020

UBG und VLI fordern Bildungsminister auf: Notenzwang-Verordnung zurücknehmen!

Die Bildungsdirektion Vorarlberg versucht den Druck in die falsche Richtung, nämlich auf die Volksschulen, zu erhöhen, anstatt initiativ in Richtung Wien zu werden.

Die VS Kirchdorf Lustenau hat mit der Ankündigung einer Protestaktion in ganz Österreich Aufmerksamkeit erregt und auch eine breite Solidaritätswelle ausgelöst. Grüne, NEOs, SPÖ und zahlreiche Lehrergruppen und -Initiativen haben sich mit den couragierten Volksschullehrer*innen solidarisiert. Bis zum vergangenen Jahr konnten die Schulgemeinschaften selbst entscheiden, ob sie in den ersten drei Volksschuljahren eine verbale Beurteilung oder Ziffernnoten geben. Die türkisblaue Kurzregierung hat diese Wahlmöglichkeit abgeschafft und den Notenzwang eingeführt.

*„Es ist nur verständlich, dass sich die Pädagog*innen dem Notenzwang nicht unterwerfen wollen, sondern im Umgang damit kreativ werden, denn sachliche und pädagogische Überlegungen haben dabei ja keine Rolle gespielt“,* hat der Obmann der VLI, Gerhard Pušnik, volles Verständnis für den Unmut und den Widerstand der betroffenen Lehrer*innen. *„Wir müssen zurück zur alten Regelung, die den Schulen wieder die Wahlfreiheit gibt.“*

Massive Kritik wird auch an den Drohgebärden der Bildungsdirektion geübt: *„Das Vorgehen der Lehrer*innen ist pädagogisch begründet, deshalb gibt es gar keinen Grund, hier mit autoritären Maßnahmen und Disziplinierungen zu drohen. Wir lehnen das ab. Die Bildungsdirektion müsste viel mehr die tolle pädagogische Arbeit der Volksschulen hervorheben“,* meint die BMHS-Lehrervertreterin, Katharina Bachmann.

VLI und UBG solidarisieren sich ausdrücklich mit den protestierenden Lehrer*innen und Schulen, ganz im Gegensatz zu den ÖVP-FCG-Lehrer- und Gewerkschaftsvertretern, die untertänig die türkis-blaue Regelung begrüßen. *„Wir fürchten uns nicht vor den Auseinandersetzungen mit Bildungsdirektion und Ministerium und unterstützen die Volksschulkolleg*innen selbstverständlich. Unsere Gewerkschaftsmitglieder bekommen jedenfalls die nötige rechtliche Unterstützung, falls das notwendig werden sollte“,* hält Gerhard Rüdissler von der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft fest.

*„Mehr demokratische Mitbestimmung und wirkliche Schulautonomie sind endlich angesagt, dafür setzen wir uns gemeinsam mit vielen Kolleg*innen aus allen Schultypen und aus allen Bundesländern ein“,* heißt es unisono bei VLI und UBG.

Rückfragehinweis:

Gerhard Pušnik, (VLI-AHS), vli.pusnik@gmail.com 0664 – 3918646

Katharina Bachmann, (VLI-BMHS), katharina.bachmann@aon.at 0664 – 73471460

Gerhard Rüdissler, (UBG), gerhard.ruedisser@vol.at 0664 – 2116192